

Deutschen Kinderhilfswerk
Leipziger Str. 119
10117 Berlin

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Was wollen Sie dagegen tun, dass immer mehr Menschen im Alter arm werden? Müssen wir jetzt schon anfangen zu sparen?

Hoffentlich nicht! Wir haben nämlich die jüngsten Mitglieder von allen Parteien. Wir wollen, dass alle, die arbeiten, Geld in die gleiche Rentenversicherung einzahlen, und im Alter bekommen alle daraus ihre Rente. Wenn alle einzahlen, ist mehr Geld da, das verteilt werden kann. Im Alter soll es dann eine Mindestrente und eine Maximalrente geben. Von der Mindestrente muss man sicher leben und auch am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Das ist bisher nämlich noch nicht so.

Wie wollen sie es schaffen, dass vor allem für Frauen, Familie und Beruf besser miteinander vereinbar sind?

Wir haben viele Ideen, um dafür zu sorgen, dass berufstätige Eltern genug Zeit für ihre Kinder haben (oder auch dafür, um sich zum Beispiel um Oma zu kümmern). Dafür gilt es insbesondere, das Bewusstsein für die Ansprüche von modernen Familien in der Gesellschaft und in den Betrieben zu stärken. Flexiblere und kostenlose Kinderbetreuung ab Geburt ist der erste Schritt in die richtige Richtung. Eltern müssen weniger arbeiten dürfen, wenn sie sich mehr um die Kinder kümmern wollen, und wieder mehr, wenn die Kinder älter sind. Und das muss immer gelten. Unabhängig davon, ob es um eine Führungsposition geht oder um jemanden, der sich in Ausbildung befindet. Dies soll auch unabhängig von der Größe der Firma gelten. Auch das Bedingungslose Grundeinkommen, für das wir uns einsetzen, würde es viel leichter machen, mal eine Auszeit für die Familie zu nehmen oder einfach weniger zu arbeiten.

Gesundheitspolitik

Sind Sie für eine Legalisierung von weichen Drogen?

Wir lehnen die heutige Unterscheidung in legale und illegale weiche Drogen ab. Die teilweise Kriminalisierung weicher Drogen kann als gescheitert betrachtet werden. Die Politik hat jahrzehntelang versucht, den Drogenkonsum durch Verbote zu verhindern, ohne dass ein durchschlagender Erfolg vorzuweisen wäre.

Im Gegenteil: Durch den Verkauf illegaler Drogen in Europa und Nordamerika verdienen internationale Verbrecherbanden einen großen Teil ihres Geldes. Die größten Probleme verursacht die westliche Drogenpolitik damit nicht im eigenen Land, sondern in armen Ländern, in denen die Drogen hergestellt werden. Manchmal werden mit dem Geld in armen Ländern Kriege finanziert, oder Konflikte zwischen großen Verbrecherbanden führen zu Kriegen rund um den Drogenschmuggel. Wir haben kein Recht, anderen Ländern unsere Probleme aufzuholzen.

Prinzipiell muss viel mehr Aufklärung über die Gefahren von Drogen welcher Art auch immer gemacht werden. Erst dann kann man auch davon ausgehen, dass der verantwortungsvolle Umgang mit Alkohol, Zigaretten und den anderen so genannten weichen Drogen zustande kommt.

Innenpolitik

Was tun Sie dafür, um das Zusammenleben aller Menschen in Deutschland zu fördern; vor allem in Großstädten, wo viele Menschen leben, deren Familien nicht aus Deutschland kommen?

Wir werben dafür, dass alle Bewohner Deutschlands ihre Nachbarn und Arbeitskollegen als Bereicherung des eigenen Lebens sehen. Kaum einer von ihnen ist hergekommen, weil er zu Hause nicht mehr wohnen wollte. Die Flucht vor Armut und Verfolgung war ihr Grund. Sie konnten ihre politischen oder religiösen Ansichten nicht leben. Wir stehen dafür, dass jeder Mensch so leben kann, wie er will, solange er sich an unsere Gesetze hält und niemand anderen stört.

Bildungs- und Jugendpolitik

Sind Sie für eine Senkung des Wahlalters?

Ja, wobei wir uns noch nicht so ganz sicher sind, ob das Wahlalter auf 16 oder noch weiter gesenkt werden soll. Wir sind nämlich der Überzeugung, dass jeder seine politischen Vertreter wählen können sollte, wenn er von ihren Entscheidungen betroffen ist.

Befürworten Sie das Abitur nach zwölf oder nach dreizehn Jahren? Und warum?

Wir wollen das Abitur nach 13 Jahren wieder einführen, weil wir erkannt haben, dass viele Schüler mit dem Tempo, das das Abitur nach 12 Jahren bedeutet, nicht klarkommen. Diejenigen, die damit klarkommen, sollen es aber auch nach 12 Jahren machen können.

Wie wollen sie es schaffen, dass alle die gleichen Chancen für eine gute Ausbildung und einen guten Beruf haben, egal, woher sie kommen?

Alle Kinder, die in Deutschland leben (auch die Kinder von Flüchtlingen) sollen ein Kindergrundeinkommen erhalten, das derzeitige Zahlungen des Staates ersetzt. Alle Kinder bekämen dann – anders als jetzt – gleichviel.

Bildung muss unabhängig vom Einkommen der Eltern sein. Wir wollen, dass Menschen, die eine Ausbildung oder ein Studium machen, so viel Geld bekommen, dass sie komplett davon leben und sich auf ihre Ausbildung oder ihr Studium konzentrieren können, auch wenn sie keine reichen Eltern haben. Und nicht nur das. Wir wollen auch, dass Bildung diejenigen, die lernen wollen, kein Geld kostet, was über das notwendige Maß für Bücher und ähnliches hinausgeht.

Es lässt sich aber nicht jede Ungerechtigkeit mit Geld beseitigen. Deshalb haben wir einen Maßnahmenkatalog für mehr Chancengleichheit an Schulen entwickelt und setzen uns für gute Bildung mit kostenlosen Plätzen in Kitas ab der Geburt ein.

Und es muss auf das persönliche Lerntempo jedes Schülers Rücksicht genommen werden. Dann kommen auch die Ergebnisse zustande, die gute Abschlüsse zur Folge haben - und damit gute Aussichten auf einen Ausbildungsplatz.

Auch wir Kinder haben Rechte, was wollen sie tun, um die Kinderrechte zu fördern?

Zum Glück wohnen wir in einem Land, in dem die meisten der von der UN geforderten Kinderrechte schon gelebt werden. Trotzdem setzen wir uns für eine Verankerung dieser Rechte im Grundgesetz ein. Manche dieser Rechte sind allerdings nur sehr schwer umsetzbar. So z.B. der Schutz vor Trennung von den Eltern gegen den Willen des Kindes. Da müssen auch die Interessen der Eltern beachtet werden. Denn wenn die nicht mehr miteinander können, ist es auch für die Kinder eine Qual.

Bei vielen Entscheidungen werden wir nicht mit einbezogen. Was können Sie tun, um auch Kinder und Jugendliche in politische Entscheidungen mit einzubeziehen?

Erstens wollen wir, dass auch Jugendliche wählen dürfen. Vielleicht sogar schon Kinder, das diskutieren wir noch. Ihre Stimme soll genauso viel zählen wie die Stimme von Erwachsenen. Was wir ebenfalls unterstützen, ist die Forderung danach, dass Kinder viel mehr als bisher zum Beispiel in Kinderparlamenten an der politischen Entscheidungsfindung beteiligt werden. Außerdem wollen wir Schulen noch mehr demokratisieren, das heißt, dass Schülerinnen und Schüler aktiv mitbestimmen sollen, was an ihrer Schule passiert.

Wir finden es seltsam, junge Menschen unter 18 Jahren komplett aus der Politik raus zu halten und dann zu erwarten, dass sie plötzlich politisch voll "mitmischen". Sinnvoller finden wir es, wenn schon früh "Demokratie geübt" wird, zum Beispiel eben an Schulen. Da verbringt man schließlich auch eine Menge Zeit!

Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik

Unter dem syrischen Bürgerkrieg leiden besonders die Zivilisten und Kinder, wie kann Deutschland ihnen helfen?

Unter anderem, indem Deutschland diesen Menschen Asyl gewährt. Da wollen wir die Gründe, nach denen das geschehen muss, noch stark erweitern.

Sind Sie für eine stärkere Überwachung der Menschen in Deutschland (z.B. durch mehr Videokameras), umso besser Terroranschläge zu verhindern?

Auf gar keinen Fall. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es zu genauso vielen Verbrechen kommt, wenn die Täter dabei gefilmt werden, als wenn dies nicht der Fall wäre. Eine Abschreckungswirkung existiert also nicht. Auch die bisher in Deutschland vereitelten Terroranschläge sind nicht an Kameras gescheitert, sondern an der Unfähigkeit der Täter, tatsächlich funktionierende Sprengsätze zu bauen. Wir setzen uns aber dafür ein, dass mehr für Sicherheit zuständige Menschen auf Straßen und Plätzen aufpassen. An die kann sich dann auch jeder Bürger wenden, wenn ihm etwas verdächtig vorkommt. Bei Kameras geht das nicht. Und die könnten genauso viel oder noch mehr sehen, wie Kameras.

Außerdem sorgen in Wirklichkeit die Kameras dafür, dass sich die Menschen unsicherer fühlen. Denn dadurch, dass Kamerabilder von Verbrechen veröffentlicht werden, entsteht der Eindruck, dass es mehr Straftaten gibt, als früher. Und das stimmt nicht wirklich. Im Prinzip ist das nämlich so: Mehr Kameras filmen mehr Straftaten, deshalb gibt es noch mehr Kameras, die noch mehr

Straftaten filmen. Das einzige, was gleich bleibt, ist die Anzahl der Straftaten, während die Anzahl der Kameras immer mehr steigt.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Würden Sie ein Land aus der Eurozone ausschließen, wenn es zu hohe Schulden hat?

Um es ehrlich zu sagen, haben wir uns dazu noch keine abschließende Meinung gebildet. Das kann man auch nicht generell. Wenn ein kleines Land wie Zypern überschuldet ist, kann die Gemeinschaft das noch tragen. Bei einem großen Land wie Spanien ist das nicht so leicht möglich. Aber einen Ausschluss sehen wir nur als letzte Lösung. Wir plädieren eher dafür, dass die Banken und Investoren den Ländern ihre Schulden erlassen. Denn die Gewinner der aktuellen Europapolitik, die einen Rettungsschirm nach dem anderen aufmacht, sind nicht die betroffenen Staaten, sondern die Banken und Investoren, die das Geld geliehen haben.

Was wollen Sie dagegen tun, dass reiche Menschen in Deutschland ihr Geld zum Teil im Ausland auf ein Konto legen, damit sie hier weniger Steuern zahlen müssen?

Wir müssen die Schlupflöcher schließen, die diese Menschen nutzen, denn vielfach machen sie das ganz legal. Und diejenigen, die es illegal machen, müssen dafür bestraft werden. Die Lockerung des Bankgeheimnisses wäre hier ein erster Schritt.

Woher kommt das Geld, mit dem Banken gerettet werden, wenn für Schulen und Kindergärten immer zu wenig Geld da ist?

Letztendlich ist es das Geld eurer Eltern, Onkel und Tanten und der anderen Erwachsenen, die Steuern zahlen. Wir halten nichts davon, dass die Banken, die jahrelang gut an den Zinsen verdient haben, mit Geld "gerettet" werden, das eigentlich für die Menschen gedacht ist, die es erarbeitet haben. Die Wertigkeiten müssen also anders gesetzt werden.

Umwelt- und Energiepolitik

In Deutschland wird die Atomkraft abgeschafft, auf welche anderen Energien wollen Sie umsteigen?

Wir wollen die Energien aus Wind, Wasser, Sonne und Erdwärme ausbauen. Am besten immer dort vor Ort, wo die Energie gebraucht wird. Oder in einem kleinen Verbund von Nachbarnetzen. Damit kann der Verbrauch von Rohstoffen wie Öl und Kohle, die nicht "nachwachsen" können, reduziert werden.

Verbraucher

Was wollen Sie dafür tun, dass das Essen in Deutschland gut ist und keine Unwahrheiten auf der Verpackung stehen?

Wir wollen eine klare Kennzeichnung aller Inhaltsstoffe in verständlicher Sprache und groß genug, dass man keine Lupe dafür braucht. Außerdem wollen wir beispielsweise auch, dass keine

genveränderten Bestandteile in die Nahrung kommen oder dass auf der Verpackung stehen muss, wenn Käfigeier verarbeitet wurden.

Wie wollen Sie es schaffen, dass das Internet sicherer wird, z.B. dass meine Daten nicht weitergegeben werden?

Einerseits wollen wir den Menschen beibringen, wie sie am besten selbst ihre Daten sichern können. Andererseits wollen wir aber auch verhindern, dass insbesondere staatliche Stellen immer mehr Rechte bekommen, ungefragt eure Daten sehen zu dürfen. Deshalb sind wir beispielsweise auch gegen das Gesetz zur Bestandsdatenauskunft.

Forschung

Wie weit wollen Sie die Forschung fördern, damit Krankheiten wie Aids bald geheilt werden können?

Jedes Forschungsfeld benötigt eine eigene Art, die Forschung zu fördern. In der Medizin ist es besonders schwierig, überhaupt herauszufinden, ob ein Medikament dem Patienten hilft. Die Ärzte und Patienten können dies nicht wissen, da eine Besserung viele Ursachen haben kann.

Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass alle Medikamente an möglichst vielen Menschen unter ärztlicher Aufsicht ausprobiert werden. Selbstverständlich muss vorher feststehen, dass das Mittel nicht gefährlich ist. Zusätzlich muss es immer noch eine weitere Gruppe geben, die das bisher normalerweise eingesetzte Medikament bekommt. Nur wenn es den Menschen, die das neue Medikament bekommen haben, hinterher besser geht als denen, die das alte Medikament bekommen haben, hilft das Medikament und die Heilungen waren nicht nur Zufall. Damit die Patienten nicht merken, was sie bekommen, muss die Zuordnung per Zufall erfolgen, und es dürfen weder Ärzte noch Patienten wissen, was verabreicht wird.

Wir möchten zudem erreichen, dass alle derartigen Versuche in einer wissenschaftlichen Zeitschrift veröffentlicht werden, damit keine Versuche, in denen das ausprobierte Mittel nicht geholfen hat, verheimlicht werden können.

Die heutige Forschung macht enorme Fortschritte. Ihr verdanken wir, dass AIDS heute kein Todesurteil mehr sein muss. Allerdings sind moderne AIDS-Medikamente so teuer, dass sie nur für die reichen Länder der Welt erschwinglich sind. Den Grund dafür sehen wir darin, dass Medikamentenhersteller die einzigen sind, die von ihnen erfundene Medikamente produzieren dürfen. Dadurch können sie Preise verlangen, die weit über den Herstellungskosten liegen. Außerdem verhindern solche Regelungen, dass Wissenschaftler mit den Medikamenten arbeiten können. Dadurch wird der medizinische Fortschritt ausgebremst. Die Piratenpartei setzt sich stattdessen für den offenen Zugang zu wissenschaftlichen Ergebnissen ein.

Patente auf Medikamente sehen wir aus all diesen Gründen kritisch. Mindestens müssen arme Länder davon ausgenommen werden, so dass sie die Medikamente, die sie brauchen, billig herstellen können. Manche Menschen denken, dass nicht mehr an Medikamenten geforscht wird, wenn es kein Geld durch Patente gibt. Es gibt aber andere Möglichkeiten, Forschung zu fördern! Zum Beispiel können sich Länder zusammen und Geldpreise dafür ausschreiben, wenn Medikamente für schlimme Krankheiten gefunden und patentfrei zur Verfügung gestellt werden ("Health Impact Fund"). Solche Lösungen unterstützen wir.